

Waren wir zu höflich zueinander?

Europa am Scheideweg: Welche Richtungsentscheidungen sind als Antwort auf die Krise nötig?



Ein Gespräch mit Prof. Dr. Otmar Issing (Mitte) und Prof. Dr. Bertram Schefold. Die Fragen stellte Dr. Muriel Büsser, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, House of Finance.

? *Wir gehen in das fünfte Jahr einer Banken- und Staatsschuldenkrise, in der die europäische Gemeinschaftswährung mehr und mehr in Mitleidenchaft gerät. Der Euro war einmal gedacht als ein Schritt, um die Einigung Europas voranzutreiben. Nun scheint er vielmehr Anlass zur Spaltung zu geben. Wie dramatisch ist die Lage?*

Issing: Die Lage hat sich im Laufe der Zeit immer weiter zugespitzt. Das liegt daran, dass wichtige Spielregeln verletzt wurden. Die Krise wird sich nicht lösen, solange man sich nicht auf die Grundlagen der Währungsunion zurückbesinnt: eine unabhängige Notenbank, die der Preisstabilität verpflichtet ist, und die Einhaltung der No-Bailout-Klausel – keine Haftungsübernahme für Schulden durch Dritte – als wichtiges Prinzip einer Währungsunion souveräner Staaten.

Schefold: Die Währungsunion war konzipiert als Instrument, um die Einigung Europas – gedacht als eine Vereinigung von Staaten, die sich einem Bundesstaat zumindest annähern – herbeizuführen. Niemand hat gedacht, dass eine Währungsunion für sich allein lange Bestand haben könnte. Auch in der Vergangenheit waren Währungsunionen immer vorübergehende Kreationen. Die Frage ist daher: Kann die Währungsunion der Einigung

Europas dienen und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Issing: Es ist richtig, dass in der Geschichte der europäischen Einigung viele eine gemeinsame Währung als Schrittmacher für eine politische Union betrachtet haben. Der französische Politiker und Finanzexperte Jacques Rueff hat 1950 gesagt: »L'Europe se fera par la monnaie ou ne se fera pas.« Ich hatte immer meine Zweifel, ob das funktionieren kann. Der Wille zur politischen Einigung darf nicht nur aus einer gemeinsamen Währung erwachsen. Die Währung kann dazu beitragen, wenn alles gut läuft. Wenn es aber zu einer Krise kommt wie derzeit, dann ist sie alles andere als ein einigender Faktor.

Schefold: Einer meiner bedeutendsten Lehrer war Edgar Salin, der ebenso wie Jacques Rueff der Meinung war, dass eine gemeinsame Währung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa sein würde. Er hat aber nie gemeint, dass eine Währungsunion das einzige Mittel wäre, um einer Einigung näher zu kommen, sondern nur ein Schritt von vielen wie etwa der Einrichtung einer Europäischen Kommission oder eines Europäischen Parlaments. Man konnte aber durchaus denken, dass von einer Währungsunion der Impuls zu ei-

ner Einigung ausgehen konnte, da sie ja zu notwendigen Harmonisierungen zwingt.

? *Der Zwang zur Harmonisierung war offenbar nicht stark genug. Das wirtschaftliche Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten ist eine wesentliche Ursache der aktuellen Krise. Deutschland steht dabei enorm unter Druck. Es heißt, die Bundeskanzlerin setze den Euro aufs Spiel mit ihrer ablehnenden Haltung gegen alle Maßnahmen, die einer schnelleren Angleichung der Länder dienen könnten, wie zum Beispiel eine höhere Inflation für Deutschland.*

Schefold: Deutschland ist wie alle Länder der Währungsunion in der Verantwortung, und als reichstes Land auch in besonderem Maße. Das bedeutet aber nicht, dass man sich ökonomisch versündigen sollte. Das gezielte Herbeiführen einer Inflation in Deutschland würde es Konkurrenten innerhalb Europas eventuell leichter machen, ihre Produkte zu verkaufen, aber es würde die globale Lage Europas verschlechtern. Das ist keine gute Idee.

Issing: Ich stimme Herrn Schefold zu. Es wäre völlig unsinnig, in Deutschland höhere Löhne mit der Begründung zu fordern, anderen entgegenzukommen. Das hilft niemandem und schadet auf Dauer allen. Man kann von den Deutschen

nicht verlangen, dass sie allem zustimmen, nur damit der Laden zusammenbleibt. Das würde die Idee Europas in Deutschland erheblich beschädigen. Wenn beim deutschen Wähler nur übrig bleibt: Europa bedeutet, wir müssen mehr zahlen, dann ist die europäische Idee in Deutschland tot.

? *Wie aber lässt sich die so wichtige Angleichung im Preisniveau innerhalb Eurolands sonst erreichen? Allein mit einer Deflation, einem forcierten Sinken des allgemeinen Preisniveaus in den Krisenstaaten?*

Issing: Mit höherem Wachstum und einer geringeren Arbeitslosigkeit werden die Löhne in Deutschland ganz automatisch und aus dem Markt heraus stärker steigen, während in Ländern wie Spanien das Gegenteil passieren muss. Es ist nicht nur ökonomisch absurd, dass die Löhne in Spanien mit seiner Rekord-Arbeitslosigkeit im letzten Jahr stärker gestiegen sind als in Deutschland. Das große Ungleichgewicht innerhalb der Währungsunion hat sich genau daraus ergeben, dass über zehn Jahre hinweg immer die gleichen Länder niedrigere Inflationsraten hatten und andere höhere. Daher müssen sich innerhalb der Bandbreite, deren Anker die Europäische Zentralbank geldpolitisch vorgibt, die Preisrelationen verschieben. Das wird dauern, aber das kommt in Gang und das ist genau der Weg, der in einer Währungsunion vorgesehen und notwendig ist.

? *Ist angesichts der enormen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den*



Euro-Ländern eine allmähliche Angleichung im Preisniveau ausreichend? Lassen sich die elementaren Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern überhaupt beheben?

Schefold: Es braucht sehr tief greifende Maßnahmen. Nehmen Sie das Beispiel Italien, dessen Zusammenschluss bis heute etwas Prekäres behalten hat. Es reicht nicht, dass es eine gemeinsame Regierung und gemeinsame Gesetze gibt und der Norden den Süden finanziell subventioniert. Jenseits davon müssen alle staatlichen Institutionen eingesetzt werden, um die verschiedenen Teile des Landes zu integrieren: Da werden Universitäten im Süden gebaut, das Militär entsprechend verteilt, und wenn es schwierig wird, sehen Polizisten aus Turin in Palermo nach dem Rechten. Auch in der Schweiz sind die regionalen Unterschiede erheb-

lich. Mit der Steuerhoheit der Kantone und einem Bailout-Verbot entspricht die Schweiz dem deutschen Ideal von Maastricht sehr weit. Um einen solchen Zustand zu erreichen, wird es in der jetzigen Situation, in der die Maastricht-Kriterien massiv verletzt werden und die Wachstumsdynamiken weit auseinanderlaufen, aber nicht ohne Kompromisse gehen.

Issing: Man kann keine Kompromisse schließen, wenn es um Prinzipien geht. Jeder Staat ist für die Fehler wie auch für die Vorzüge seiner eigenen Politik verantwortlich. Die No-Bailout-Klausel ist ein unabdingbares komplementäres Element staatlicher Souveränität in einer Währungsunion. Darauf muss man sich wieder zurückbesinnen. Pacta sunt servanda. Wenn die Akteure gegen die Regeln verstoßen, dann muss man versuchen, die Mechanismen in Zukunft stringenter zu gestalten.

Schefold: Es wird dennoch kurzfristig nicht ohne Umverteilung gehen. Europa braucht eine Wachstumspolitik, um die einheitliche Währung zu ergänzen und dafür zu sorgen, dass sich die Wachstumschancen der Euro-Länder angleichen.

Issing: Für eine Umverteilung ist aber die Bereitschaft der Bürger nötig. Im Moment sehen wir genau das Gegenteil. Die Währungsunion hat diese Bereitschaft bereits überstrapaziert. Darüber hinaus zeigen sich auch die Krisenländer



nicht bereit, Bedingungen zu schaffen, unter denen eine Wachstumspolitik überhaupt funktionieren kann. Griechenland hat in den letzten zehn Jahren ein Vielfaches dessen erhalten, was der Marshallplan einmal bedeutet hat: im Schnitt jährlich rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das sind ungeheure Summen, die wirkungslos verpufft sind und zum Teil sogar Schaden angerichtet haben. Wie soll da eine europäische Wachstumspolitik funktionieren?

Schefold: Aber die Frage stellt sich dennoch, wie man kurzfristig weiterkommen soll. Es ist nicht zu sehen, wie Griechenland jemals seine Schulden zurückzahlen kann. Die Arbeitslosigkeit, etwa unter Jugendlichen in Spanien, hat ein unerträgliches Niveau erreicht. Europa muss versuchen, in gemeinsamer Verantwortung und nach gemeinsamen demokratischen Abstimmungen eine Wachstumspolitik zu verfolgen, bei der diese Länder weitestgehend mitgenommen werden.

Issing: Dass jeder zweite Jugendliche in Spanien arbeitslos ist, ist ein Skandal, gegen den man dringend etwas unternehmen muss. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass diese hohe Jugendarbeitslosigkeit leider Tradition hat. In den letzten 30 Jahren war sie selten niedriger als 20 oder 30 Prozent. Das heißt: Das ist kein Problem, das sich mit einem schnellen Wachstumsprogramm lösen lässt. Da sind tiefgehende Veränderungen im spanischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsystem notwen-

dig. Wenn Brüssel deshalb Wachstumsprogramme aus dem Boden stampft, werden sie an den Realitäten und Notwendigkeiten vorbeigehen, weil man sich nicht an die Wurzeln herantraut. Das müssen die Spanier selbst machen. Das ist ein typisches Beispiel dafür, dass die Verantwortung für Probleme nicht in Brüssel liegen kann, wo auch nicht die demokratisch legiti-

spricht, man solle sich mit der Zentralisierung zurückhalten. Denn nur für die EU als Ganze sind über 60 Jahre hinweg politische Institutionen und ein europäisches Parlament geschaffen worden, um Regierungstätigkeit von dort aus zu legitimieren. Und nun steht Euro-land vor ganz spezifischen wirtschaftlichen Aufgaben und hat keine Regierung und keine



mierten Kompetenzen liegen, sondern in den einzelnen Staaten selbst. Europa baut auf dem Subsidiaritätsprinzip auf: Die EU soll sich nur dann einmischen, wenn sich Probleme nicht auf staatlicher oder regionaler Ebene lösen lassen. Aber dieses Prinzip hat in Brüssel keine Lobby. Es ist klar, dass die Kommission in der Krise versucht, Kompetenzen an sich zu ziehen. Das liegt in der Logik solcher Bürokratien. Aber das schadet Europa sehr: Der wirtschaftspolitische Unsinn wird national verursacht, und „Europa“ ist dann für die Lösung verantwortlich.

? Also eher weniger Zentralismus in Europa als mehr?

Schefold: Die Logik des Zentralisierungsprozesses ist nicht aufzuhalten. Brüssel greift ja seit langem immer tiefer in früher nationale Politiken ein und gibt Leitlinien vor. Gerade deshalb muss man sich fragen: Welche Legitimation hat Brüssel, und was ist das Verhältnis zwischen Brüssel als dem Haupt der Europäischen Union und Euro-land? Hier sehe ich eine ganz schwierige Divergenz, die sehr für den Standpunkt von Herrn Issing

vernünftige Struktur. Dieses Problem gehen die europäischen Regierungen überhaupt nicht ernstlich an. Solange es in Euro-land keine Institutionen gibt und nur die einzelnen Länder handeln, ist es demokratisch nicht als Ganzes legitimiert und nur Improvisation. Entsprechend erweckt der Umgang mit der Krise auch nicht den Eindruck eines planvoll koordinierten Vorgehens.

Issing: Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, der tatsächlich in der gegenwärtigen aufgeregten Krisen-debatte untergeht. Jede Handlung im Rahmen der 17 Euro-Staaten bedeutet immer auch eine Ausgrenzung der restlichen Länder. Diese Ausgrenzung geht letztlich zurück auf die Gründung der Währungsunion und die Frage, mit wie vielen Ländern man sie beginnen sollte.

? Hat man damals nicht über solche Fragen nachgedacht? Die heutigen Probleme sind doch nicht aus heiterem Himmel entstanden.

Issing: Ich glaube, dass nicht sehr viele Politiker die Konsequenzen verstanden haben, als sie den



Maastricht-Vertrag unterschrieben. Mit der Übertragung ihrer geldpolitischen Souveränität auf eine supranationale Institution, die EZB, gaben sie sehr viel mehr Souveränität auf, als sie ursprünglich im Sinn hatten. Damals sahen das viele Länder gar nicht als Verzicht. Die Franzosen etwa sagten sich: Unsere Geldpolitik wird ohnehin in Frankfurt von der Bundesbank gemacht. Natürlich stand nicht im Vertrag, dass eine gemeinsame Währung Konsequenzen für die Lohnverhandlungen haben wird. Aber so ist es. Kein Land kann mehr bei Preisunterschieden die eigene Währung abwerten. Dennoch haben sich viele so verhalten, als könnten sie es noch.

Schefold: Wir alle haben die Probleme, die sich schon vor der Krise aufbauten, unterschätzt. Die Regierungen, die Kapitalmärkte, auch die Wissenschaft hat zugesehen, wie die griechische Auslandsverschuldung in zehn Jahren um das Zehnfache stieg. Die Konzeption der Währungsunion, der Maast-

natürlich gesehen und Abhilfe dringend angemahnt. Mario Monti, der jetzige Ministerpräsident Italiens, sagte einmal: Wir waren zu höflich zueinander. Keiner hat den Griechen gesagt: Wenn ihr so weiter macht, hat das schlimme Folgen und von uns gibt es dann keine Hilfe. Das ist nicht passiert. Daran waren die Deutschen auch mit schuld. Als eine Kommission unter dem damaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok vorschlug, die Defizitsünder unter dem Motto »naming and shaming« zu brandmarken, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder: Das kommt überhaupt nicht in Frage. Es war keine Bereitschaft da, sich einer europäischen Überwachung zu unterwerfen. Das ist genau einer der Aspekte, die man für die Zukunft beheben muss.

? *Wenn Vereinbarungen und Gesetze wie der Maastricht-Vertrag nicht ausreichen, um die Währungsunion beisammen zu halten, was braucht es dann? Eine gemeinsame Finanzaufsichtsbehörde?*



im Dezember 2011 vereinbart wurde, sieht Grenzen für die nationale Finanzpolitik auf nationaler Ebene vor. Und selbst das wollen nicht alle Länder akzeptieren. Woher will man also die Mehrheiten und die Legitimation nehmen, eine europäische Institution zu schaffen, zum Beispiel einen europäischen Finanzminister, der nationale Budgets gegebenenfalls ablehnt? Wie soll das ohne direkte demokratische Legitimation funktionieren? Man kann die fiskalische Souveränität nicht aufgeben, solange nicht eine staatliche Einheit geschaffen wird mit entsprechender Regierung und voller parlamentarischer Kontrolle. Alles andere wäre ein Verstoß gegen das Prinzip »no taxation without representation«. So notwendig das auf Dauer ist – ich sehe nicht, wie es sich in den nächsten Jahren realisieren ließe.

? *Und was geschieht, wenn eine solche Fiskalunion nicht zustande kommt?*

Issing: Dann muss man sich wieder auf die Prinzipien der Währungsunion besinnen. Sie war ja angelegt in dem Glauben, dass Vertragswerke eingehalten werden. Hier spielt die Kontrolle durch die Finanzmärkte eine ganz wesentliche Rolle. Dass die Probleme so lange unter der Decke blieben, lag gerade auch daran, dass Länder wie Griechenland lange Zeit fast gleich hohe Zinsen bezahlt haben wie Deutschland. Wenn die Märkte früher Alarm geschlagen hätten, hätte man sehr viel früher etwas unternehmen können. Ohne Kontrolle durch die Finanzmärkte wird es nicht gehen.



richt-Vertrag, haben nicht genügt, um die auseinandertreibenden Kräfte der Länder unter Kontrolle zu halten.

Issing: Es ist richtig, dass die Krise schon frühzeitig absehbar war. Jeder musste das schon Mitte der 2000er Jahre sehen: das Auseinanderlaufen der Wettbewerbsverhältnisse, der Lohnstückkosten, die Verletzung des Stabilitätspaktes, die Immobilienkrise in Spanien und Irland – das war alles schon passiert. Wir haben das in der EZB

Schefold: Man braucht eine staatsähnliche Institution, die annähernd über Staatsgewalt verfügt. Genau das ist mit der Abgabe von Souveränität gemeint. Aber hier stößt man eben angesichts der Krise, des zunehmenden Nationalismus und der Tatsache, dass die EU und Euroland nicht übereinstimmen, an hohe Grenzen. Es ist jedoch die Pflicht des Wissenschaftlers, das Problem wenigstens zu benennen.

Issing: Das ist genau der entscheidende Punkt. Der Fiskalpakt, der



Die Finanzmärkte werden derzeit eher als eine Bedrohung empfunden, die Krisenstaaten durch hohe Zinsforderungen an den Rand der finanziellen Handlungsunfähigkeit bringt.

Issing: Da wird maßlos übertrieben. Vor Einführung des Euro hatten diese Länder doch ähnlich hohe Zinssätze. Jetzt erfolgt sofort ein Aufschrei, sobald ein Staat höhere Zinsen als Deutschland zahlen muss. Ein Land mit einer Staatsschuldenquote von mehr als 120 Prozent kann doch nicht erwarten, dass es von den Finanzmärkten genauso behandelt wird wie ein Land, das fiskalisch und wirtschaftlich besser aufgestellt ist. Die unterschiedlichen Zinssätze sind ein wesentliches Kontrollelement.

? Die Krise und die ununterbrochenen Forderungen an Deutschland ha-

ben hierzulande Euro- und Europa-Skepsis wieder salonfähig gemacht. Lässt sich das Vertrauen der Bürger in den Euro zurückgewinnen?

Issing: Man darf nicht vergessen, dass die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten, der einheitliche Binnenmarkt und die Beseitigung aller Grenzen in Europa nach wie vor den größten Integrationserfolg in der Geschichte darstellen. Es wird zurzeit auch gerne übersehen, welche Probleme die Europäer hätten, wenn es den Euro nicht gäbe. In den Jahren 1992/93 wäre um ein Haar der einheitliche Binnenmarkt zerbrochen, weil beispielsweise die Lira in kürzester Zeit um mehr als 30 Prozent abgewertet wurde. So etwas hat Verwerfungen in der Realwirtschaft zu Folge, die ein Binnenmarkt auf Dauer nicht überstehen kann. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir uns wieder auf die Grundsätze der Währungsunion besinnen, werden die Bürger und die Wirtschaft die Vorteile der gemeinsamen Währung wieder genießen können und sie nicht als Nachteil empfinden.

Schefold: Es gibt gute Gründe dafür, den Euro hoch zu schätzen. Ich glaube, die Bevölkerung würde ihn auch sehr vermissen, wenn er zusammenbräche. Die Krise hat den Einigungsdruck erhöht und zwingt die einzelnen Länder, sich zu entscheiden: Wollen sie dieses vereinte Europa oder wollen sie wieder auseinandergehen? Für mich kann die positive Perspektive nur darin bestehen, dass die europäischen Länder einander in der Krise noch näher kommen. Erzie-

hung und Wissenschaft sollten dazu beitragen, das Bewusstsein von der historisch gewachsenen Gestaltung Europas zu stärken. Was lernen unsere Studenten noch von abendländischer Geschichte? Machen wir uns geheimnisvollere Wurzeln des europäischen Gedankens bewusst, wenn Germanisten von der Entstehung des Symbolismus oder Mathematiker vom Pariser Kongress um 1900 sprechen? In welchen Spannungen standen die europäischen Impulse – denken wir an Nietzsches Kampf wider den Nationalismus, an den europäischen wissenschaftlichen Austausch um 1900 und dessen Boykott nach Ver-



sailles, an die Paneuropabewegung zwischen den Kriegen? Besessen vom Schacher mit Schulden und Banken verlieren wir aus dem Blick, wie wir in jedem Fach am Werden Europas im Wechselspiel nationaler und übergreifender Kulturideen arbeiten könnten. Die europäische Integration, so verstanden, kann die Eurokrise überleben, wie immer diese ausgeht. ♦

Anmerkung

Siehe auch Beitrag von Otmar Issing »Die Krise der Europäischen Währungsunion« mit Informationen zum Autor, Seite 24; sowie Beitrag von Bertram Schefold »Goethe: ein tüchtiger Ökonom?« mit Informationen zum Autor, Seite 100.

